



Solidarität und Gemeinwohl sind aufgekündigt

Das »Sparpaket« ist ein weiterer unsozialer Spaltkeil. Das Bündnis kündigt weiteren Protest an.

Die Grundlage des Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik Deutschland, aufbauend auf Solidarität mit dem Ziel des Gemeinwohls für alle, das seine Wurzeln auch in der christlichen Sozialethik hat, wurde von der neoliberalen, rein auf wirtschaftliche Interessen ausgerichteten Politik der jetzigen Bundesregierung aufgekündigt. Es geht nur noch darum, die eigene Klientel und Lobbyisten zu bedienen. Es geht nicht mehr um den Menschen, die Bevölkerung und erst gar nicht um diejenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen.

Milliarden von Euro werden nach wie vor zur Stützung von maroden Banken bereit gestellt, bei denen die Banker sich 25 Millionen Euro an Boni genehmigen. Einem Arbeitslosengeld II-Empfänger werden allenfalls 5 Euro mehr gewährt. Bei den Gesetzesänderungen zu Hartz IV geht es zunehmend auch darum, Arbeitslosen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben, um nicht mit Kürzungen rechnen zu müssen. Sind wir mit dieser Regierung wieder auf dem Weg zum Erziehungsstaat?

Trotz der scheinbaren Erholung auf dem Arbeitsmarkt sind Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor mit Stundenlöhnen ab 2,50 Euro, z.B. im Gebäudereinigungssektor, geschaffen worden. Dies hat zur Folge, dass ergänzend soziale Leistungen zur Existenzsiche-



Protest gegen die Sparpläne der Bundesregierung am 12. 7. 2010 in Mönchengladbach

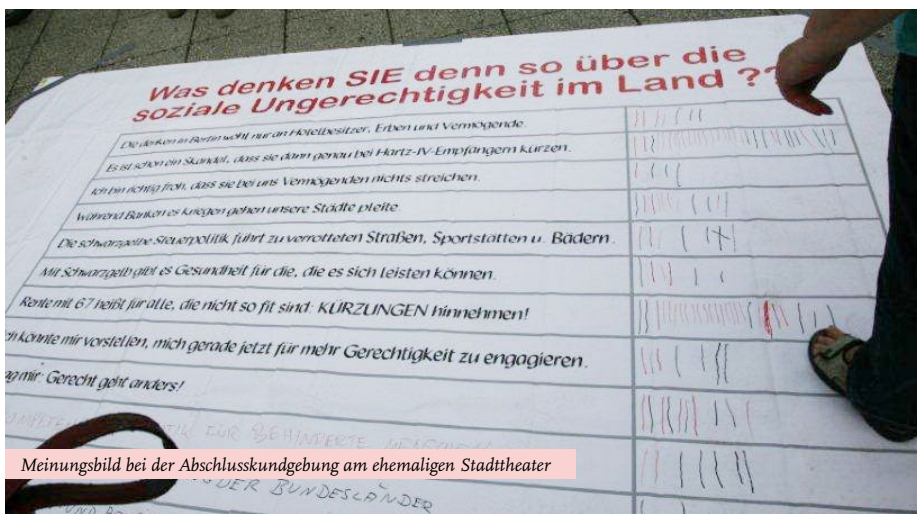
rung in Anspruch genommen werden müssen. Ein geforderter gesetzlicher Mindestlohn wird kategorisch abgelehnt, weil die Lobbyisten dann einen Existenz sichernden Lohn für die geleistete Arbeit „aus ihrer eigenen Tasche“ bezahlen müssten. Die soziale Gerechtigkeit, eine solidarische Finanzierung der Sicherungssysteme, z.B. im Gesundheitswesen, Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, werden momentan in atemberaubender Schnelligkeit ausgehebelt, um auf der anderen Seite den Wohlhabenden Geschenke zu machen.

„**Aufstehen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung**“

Zu guter Letzt wird den großen und mächtigen Energieversorgern in völlig untransparenten Absprachen die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke zugebilligt mit einer Brennelementesteuer, die auch noch steuerlich geltend gemacht werden kann. Für die Entsorgung und Lagerung des Atommülls bezahlt die Allgemeinheit, die Langzeitfolgen dieser Energiepolitik sind unabsehbar, in der politischen Entscheidung unverantwortlich. Auch hier geht es nicht um den Menschen, sondern um eine mächtige Lobbygruppe und deren wirtschaftliche Interessen. Die Bürger haben es satt, Projekte hinzunehmen, die den Steuerzahler Milliarden kosten, Umwelt zerstören und nicht einmal einlösen können, was beabsichtigt war – siehe Stuttgart 21!

Die Kirchen haben immer wieder ein Gesellschaftsmodell eingefordert, welches auf Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung beruht. Die aktuelle Bundespolitik legt es darauf an, den sozialen Frieden zu stören. Sie beschließt Gesetze, die soziale Ungerechtigkeit zementieren und die Bewahrung der Schöpfung, die Frage der Nachhaltigkeit, wird mit Füßen getreten. Lasst uns dagegen aufstehen und teilnehmen an den Demonstrationen der Gewerkschaften und den Aktionen vor Ort, um eine starke Gegenmacht aufzubauen.

Johannes Eschweiler



Meinungsbild bei der Abschlusskundgebung am ehemaligen Stadttheater

Die Ungerechtigkeit bleibt – unser Protest dagegen auch: Aktionen und Diskussionen

Auf unserer Demo gegen die unsozialen Sparbeschlüsse der Bundesregierung am 12. Juli diesen Jahres wurde eine Weiterführung der Proteste angekündigt.

Zum Glück gibt es mittlerweile eine breite vor allem von den Gewerkschaften getragene Herbstaktions- und Protestbewegung. Wir hoffen auf eine engagierte Beteiligung möglichst vieler UnterstützerInnen und FreundInnen unsres Bündnisses für Menschenwürde und Arbeit in ihrer jeweiligen Region im Sinne der Fortführung unserer Demo!

Darum verweisen wir auf folgende bislang bekannten Aktionen:

Mönchengladbach

8. November 7.45 Uhr bis ca. 11 Uhr
»Gerecht geht anders«

Aktion vor der ARGE
Viktoriastraße (Nähe Berliner Platz)
Infos www.verdi-lnr.de

Aachen

29. Oktober ab 12 Uhr
»Deutschland in Schieflage«

Aktionstag des DGB rund um den Elisabethbrunnen (Nähe Dom)

Krefeld

27. Oktober 19 Uhr
»Rente mit 67«

Informations- und Diskussionsforum u.a. mit Prof. Dr. Lutz Packebusch (Hochschule Niederrhein), Theo Stegmann, (ThyssenKruppNirosta), Fabrik Heeder.
Infos: www.krefeld.dgb.de

10. November 9 – 11 Uhr
flashmob-Aktion

vor der Agentur für Arbeit
Philadelphiast. 2

Heinsberg

23. Oktober 10 Uhr
»Deutschland in Schieflage – wer zahlt die Zeche der Krise. die Kleinen allein?«

Podiumsdiskussion der IG Bau-Agrar-Umwelt, Festhalle HS-Oberbruch, Carl-Diem-Str. 6

20. November 10 – 14 Uhr
»Impuls für mehr soziale Gerechtigkeit«

Veranstaltung zum Dialogpapier des Bistums Aachen mit dem Referenten Matthias Möhring-Hesse
Kath. Pfarrheim Erkelenz

kurz gesagt:



Gegen die Spaltung der Gesellschaft:
12. 7. 2010 vor Brandts Kapelle.

Mitträgersversammlung und Jubiläum 5 Jahre Bündnis

Do 11. November 2010, 19 Uhr
Haus der Regionen, Betrather Str. 22,
Mönchengladbach

Herzliche Einladung zum Jubiläum unseres Bündnisses. Als Gastredner spricht Dr. Wilhelm Schäffer, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, über die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkte der jetzigen Landesregierung. Für das leibliche Wohl ist auch gesorgt.

Der Draht zum Bündnisrat

Eddi Erlemann 02161/567 07 77
e.erlemann@online.de
Markus Lange 02159/81 75 75
mail@steuerberatung-lange.com
Hartmut Wellssow 02161/66 65 24
wellssow.bartrina@online.de
Heinz Backes 0241/45 24 75
heinz.backes@bistum-aachen.de
Johannes Eschweiler 0171/953 25 65
johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de
Alex Micha 02161/58 13 99
Robert Manstetten 0241/132 05
r-d@manstetten.com

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
Wolfgang Fels, Tel. 02161/948 90 83
Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
buerob@menschenwuerde-und-arbeit.de
Bankverbindung:
Förderverein Stiftung Volksverein MG
Sparkasse Mönchengladbach
(BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25
Verwendungszweck: Bündnis

Gerecht geht anders

Franz Bsirske (ver.di) zum Sparpaket der Bundesregierung

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) wertet das vom Bundeskabinett verabschiedete Sparpaket als „Dokument der sozialen Schieflage“.

„Im Koalitionsvertrag hatten CDU, CSU und FDP Zusammenhalt versprochen, doch mit ihrer Haushalts- und Finanzpolitik spaltet die Bundesregierung die Gesellschaft noch weiter“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske zum Kabinettsbeschluss über das Haushaltsbegleitgesetz 2011. Arbeitslose und Geringverdiener müssten jetzt die Zeche für die Schulden zur Rettung von Banken und Wirtschaft zahlen, während die Unternehmen und große Vermögen unangetastet blieben.

„Wer Langzeitarbeitslosen den befristeten Zuschlag beim Übergang ins Arbeitslosengeld II, die Rentenbeiträge, das Elterngeld und den Heizkostenzuschuss streicht, der treibt sie weiter in die Armut“, so Bsirske. Während die Arbeitslosen konkret und direkt finanziell belastet würden, betriebe die Regierung bei

den Unternehmen Symbolpolitik und arbeite – etwa bei der Vertagung der Brennelementesteuer – mit Luftbuchungen.

„Wenn die Bundesregierung tatsächlich Schulden abbauen und die Krisenkosten finanzieren wollte, müsste sie das Mehrwertsteuergeschenk für Hoteliers rückgängig machen, den Spitzensteuersatz erhöhen, Börsenumsätze mit der Mehrwertsteuer belegen und endlich Schluss damit machen, dass die Bundesrepublik für reiche Erben und Besitzer großer Vermögen eine Steueroase ist“, betonte Bsirske.

Gleichzeitig könnten ein gesetzlicher Mindestlohn und eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze die Lebenssituation von Geringverdienern und Arbeitslosen unmittelbar verbessern und einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur im Inland leisten. „Die Bundesregierung schont Spekulanten, große Unternehmen sowie Vermögensbesitzer und belastet Arbeitslose und Geringverdiener – aber gerecht geht anders“, so Bsirske.

~~Börsenumsätze~~
~~hesteuern –~~
~~Hartz IV erhöhen!~~